



# ECKPUNKTEPAPIER

## Governance als Erfolgsfaktor für ein Integriertes Wasserressourcen-Management

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung



# ECKPUNKTEPAPIER

## **Governance als Erfolgsfaktor für ein Integriertes Wasserressourcen-Management**

**Ines Dombrowski**, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik – DIE

**Nina Hagemann**, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ

**Water Huppert**, Consultant

**Sabrina Kirschke**, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ

## Vorwort\*

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert im Rahmen der Förderinitiative „Integriertes Wasserressourcen-Management“ seit 2006 zahlreiche Forschungsprojekte zum Integrierten Wasserressourcen-Management (IWRM) mit Partnern aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. Synergien ergeben sich aus den Ergebnissen der Förderinitiativen „Globaler Wandel des Wasserkreislaufes“ (GLOWA) und „Forschung für die nachhaltige Entwicklung der Megastädte von morgen“ sowie dem Förderprogramm „Internationale Wasserforschungs-Allianz Sachsen“ (IWAS).

Im Rahmen des Projektes „Vernetzung der BMBF-Förderaktivität Integriertes Wasserressourcen-Management“ wurde der inhaltliche Dialog zwischen allen Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gefördert, um Synergieeffekte aus den unterschiedlichen Aktivitäten zu erzielen. Ein erklärtes Ziel des Vernetzungsprojektes war es dabei, den inhaltlichen Dialog zu Querschnittsthemen zu initiieren, zu begleiten und zusammenfassend aufzubereiten. Diese Aufbereitung sollte unter anderem im Rahmen eines so genannten Eckpunktepapiers erfolgen, welches die gesammelten Problemstellungen, Lösungsvorschläge und *lessons learnt* bündelt und Entscheidungsträgern und Forschungsprojekten zugänglich macht.

Ein Querschnittsthema ist die Governance-Dimension im IWRM. Wenngleich die Governance nicht immer explizites Forschungsthema in allen IWRM-bezogenen Forschungsprojekten ist, so ist dieses Thema zentral, wenn es um die Umsetzung von IWRM-Konzepten in die Praxis geht. Dieses Papier dient der Aufbereitung dieser Thematik.

\* Sabrina Kirschke, Ralf Ibisch, Christian Stärz (UFZ)

## Inhaltsverzeichnis

1. <b>Einleitung</b> .....	1
2. <b>Zum Begriffskonzept der Wasserressourcen-Governance</b> .....	2
2.1. Zum Begriff der „Wasserressourcen-Governance“ .....	2
2.2. Zur Bewertung von Wasser-Governance .....	4
3. <b>Governance-Analysen in     BMBF-geförderten Forschungsprojekten zum IWRM</b> .....	5
4. <b>Lessons learnt aus Forschung und Entwicklungszusammenarbeit</b> .....	7
5. <b>Forschungsrichtungen und -perspektiven</b> .....	10
5.1. Inhaltliche Forschungsnotwendigkeiten .....	10
5.2. Methodische Forschungsnotwendigkeiten .....	13
6. <b>Literatur</b> .....	14

## 1. Einleitung

Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM) gilt als international anerkanntes Paradigma für ein nachhaltiges Wasserressourcen-Management. Allgemein wird angenommen, dass IWRM durch ein integriertes Management auf der Ebene von Flusseinzugsgebieten erreicht werden kann, wobei verschiedenste Dimensionen der Integration unterschieden werden können. Ein solches Management, ein "regime of actions that modify resource flows and stocks" (Ostrom 1990) findet auch immer in einem bestimmten politischen Kontext statt und hängt von bestimmten Governance-Voraussetzungen ab.

Dabei ist in den letzten Jahren zunehmend darauf hingewiesen worden, dass die globale Wasserkrise weniger ein physisches oder ein technisches Problem, als vielmehr ein Governance-Problem darstellt (TI 2008; Pahl-Wostl 2009). Ein nachhaltiges Wasserressourcen-Management scheitert häufig weniger an der physischen Knappheit der Wasserressourcen oder an dem Wissen über bestimmte Managementmaßnahmen bzw. der Existenz innovativer technischer Lösungen, als an der Umsetzung und somit unter anderem auch an einer Governance, die den mit den entsprechenden technischen Lösungen verbundenen Regelungsansprüchen nicht genügt. Wenn technische Systeme der Wasserbewirtschaftung eingeführt werden ohne dass die notwendigen Governance-Voraussetzungen vorhanden sind, sind Fehlschläge im Hinblick auf ein nachhaltig verbessertes Wasserressourcen-Management vorprogrammiert.

In der IWRM Förderinitiative des BMBF und in assoziierten Fördermaßnahmen spielt die Governance-Forschung bislang jedoch noch eine untergeordnete Rolle. Governance-Aspekte werden in nur wenigen Projekten wissenschaftlich bearbeitet. Vor diesem Hintergrund dient das vorliegende Papier dem Zweck,

- die Governance-Dimensionen im IWRM aufzuzeigen (II),
- einen Einblick zu geben, wie die Governance-Thematik in IWRM bezogenen Projekten behandelt wird (III),
- *lessons learnt* zum Thema Governance im IWRM zu nennen (IV) und
- zentrale Forschungsrichtungen und -notwendigkeiten zu formulieren (V).

## 2. Zum Begriffskonzept der Wasserressourcen-Governance

Der Begriff der Governance wird in Wissenschaft und Praxis sehr unterschiedlich definiert. Im Folgenden soll vor dem Hintergrund der Kritik an bestehenden Definitionen eine eigene Deutung des Begriffs der Wasser-Governance im Allgemeinen (1.) und der „guten bzw. schlechten“ Governance im Besonderen präsentiert werden (2.).

### 2.1. Zum Begriff der „Wasserressourcen-Governance“

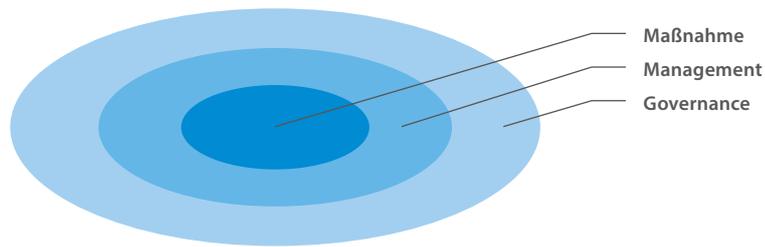
In dem vorliegenden Papier wird in Anlehnung an den SFB 700 (2009: 4) unter Governance die Gesamtheit der institutionellen Bedingungen verstanden im Rahmen derer kollektiv verbindliche Regelungen entschieden und durchgesetzt werden. In Anlehnung an dieses allgemeine Verständnis von Governance werden unter Wasserressourcen-Governance jene institutionellen Bedingungen gefasst im Rahmen derer kollektiv verbindliche Regelungen für das Management von Wasserressourcen entschieden und durchgesetzt werden. Dabei werden unter diesen institutionellen Bedingungen sowohl Governance-Strukturen als auch Interaktionsmechanismen gefasst (vgl. Scharpf 1997, SFB 700 2009). Unter Governance-Strukturen fallen dabei zum Ersten die Institutionen – hier definiert als formelle und informelle Regeln, die gegenseitige Verhaltenserwartungen koordinieren (vgl. North 1990) (wie etwa Wassergesetze und informelle Regelungen zum Zugang zu Wasserressourcen). Zum Zweiten fallen unter die Governance-Strukturen diejenigen Akteure, die in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden. Diese können individuelle und kollektive Akteure politisch-administrativer, ziviler oder privater Art aus verschiedenen Sektoren (etwa Landwirtschaft und Tourismus) und Ebenen (lokal, national, supra- und international) umfassen. Durch die Einbeziehung der verschiedenen Akteure hebt sich die Governance-Perspektive dabei stark von der Government-Perspektive ab, welche allein politisch-administrative Akteure in den Blick nimmt (vgl. Dobner 2010). Die Interaktionsmechanismen bezeichnen schließlich die Art und Weise, wie die jeweiligen Akteure im Rahmen der institutionellen Strukturen miteinander interagieren, so etwa hierarchisch oder verhandelnd.

Das so definierte Governance-System unterscheidet sich insofern von dem reinen Managementhandeln und der Umsetzung operativer Maßnahmen als dass Letztere nicht auf das Setzen von allgemein verbindlichen und längerfristig wirksamen Regeln ausgerichtet sind bzw. die Durchsetzung von diesen Regeln anleiten, sondern allein auf die Umsetzung von Regeln unter den vom Governance-System festgelegten Rahmenbedingungen abheben. Wenn etwa im Rahmen von IWRM von „Maßnahmen zur Aufforstung im oberen Teil eines Einzugsgebietes“ gesprochen wird, so kann damit ganz konkret die operative Maßnahme des Bepflanzens einer bestimmten Fläche im Einzugsgebiet gemeint sein. Es kann aber auch vom „Management“ die Rede sein, d.h. davon, wie solche Maßnahmen *im Rahmen der vorgegebenen Regeln* geplant, entschieden, organisiert und kontrolliert werden. Wenn aber in diesem Zusammenhang von „Governance“ gesprochen wird, dann sind jene institutionellen Rahmenbedingungen gemeint, welche die Generierung und Durchsetzung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen in Bezug auf die Aufforstung leiten. Die Einbettung der Umsetzung von Maßnahmen und des Managements in die Governance ist in Abbildung 1 visualisiert.

Das gewählte Governance-Verständnis unterscheidet sich auch von den in der Wasser-Community üblichen Governance-Verständnissen (vgl. Box 1): Das Hauptunterscheidungsmerkmal der gewählten Governancedefinition zu den gängigen (Wasser-)

**ABBILDUNG 1**

Governance im Vergleich zu Management und operativen Maßnahmen



Governance-Definitionen liegt in der weniger starken Betonung der institutionellen Strukturen der Governance. So betonen etwa Baum et al. (2009) in Bezug auf Wasser-Governance-Verständnisse, dass diese das Hauptaugenmerk auf gesetzliche und organisatorische Aspekte richten. Zwar betont auch die vorliegende Arbeitsdefinition diese institutionelle Dimension der Governance, doch geht sie weiter indem der Akteursdimension sowie der Art der Interaktion zwischen den Akteuren besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Im Vergleich zur GWP-Definition (siehe Box 1) scheint die eigene Arbeitsdefinition darüber hinaus aus dem Grund sinnvoll, dass in dieser nicht die ganze Bandbreite möglicher Einflussfaktoren auf gesellschaftliches Handeln wie etwa die Relevanz sozialer Systeme genannt wird. Somit sind Untersuchungen zur bestmöglichen Gestaltung von Governance-Systemen überhaupt noch umsetzbar. Zudem wird sich somit auf die relevanten Fragen der Generierung und Umsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen fokussiert.

Im Vergleich zur UNDP-Definition (siehe Box 1) wird von einer Einengung auf Länder abgesehen, da die Governance von Wasserressourcen meist neben der Länder- auch weitere Ebenen umfasst. Zudem wird es als Vorteil erachtet, Governance als Rahmenbedingungen für die Generierung und Umsetzung von kollektiv verbindlichen Entscheidungen im Allgemeinen zu sehen und nicht einzelne Funktionen dieser Governance wie die Konfliktlösung zu betonen.

### Box 1: Definitionen der Wasser-Governance

Eine gängige Definition von Wasser-Governance bietet die **Global Water Partnership (GWP)**: „Water Governance refers to the range of political, social, economic and administrative systems that are in place to regulate development and management of water resources and provision of water services at different levels of society.“ (Rogers and Hall 2003: 7).

Ebenso wird die Definition des **United Nations Development Programs (UNDP)** verschiedentlich genannt: „Governance is the exercise of economic, political and administrative authority to manage countries affairs at all levels. It comprises the mechanisms, processes and institutions through which citizens and groups articulate their interests, exercise their legal rights, meet their obligations and mediate their differences“ (UNDP 1997)

Nach **Williamsons** Governance-Definition (1996: 12) wird Wasser-Governance auch allgemein definiert als: „the means by which order is accomplished in a relation in which potential *conflict* threatens to undo or upset opportunities to realize *mutual gains*“

**Eigene Begriffsdefinition in Anlehnung an den SFB 700 (2009)**: Wasser-Governance als jene institutionellen Bedingungen im Rahmen derer kollektiv verbindliche Regelungen für das Management von Wasserressourcen entschieden und durchgesetzt werden.

## 2.2. Zur Bewertung von Wasser-Governance

In der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion wird oftmals zwischen einer guten und einer schlechten Governance unterschieden. Dabei liegen sehr unterschiedliche Kriterien für die Bewertung der Governance vor. Während von einigen Vertretern demokratietheoretische Kriterien wie Partizipation oder Transparenz herangezogen werden, legen andere das Kriterium der Effektivität an oder knüpfen die Bewertung der Governance an die inhaltlichen Ziele, die im Rahmen der jeweiligen Governance-Struktur verfolgt werden.

An dieser Stelle soll vorgeschlagen werden als Kriterium für die Bewertung der Governance die Ermöglichung der Generierung von funktionalen Entscheidungen anzulegen, das heißt den Grad an effektiven und effizienten Entscheidungen im Hinblick auf Ziele zu berücksichtigen, die im Gemeinschaftsinteresse liegen und an der Perspektive der Nachhaltigkeit ausgerichtet sind: Sind mit einem bestimmten Governance-System die Rahmenbedingungen gegeben, die einer so definierten Zielerreichung zuträglich sind, so soll von guter Governance gesprochen werden. Sind die durch das Governance-System geschaffenen Rahmenbedingungen der Zielerreichung abträglich, so soll von schlechter Governance gesprochen werden.

Dieses Begriffsverständnis von guter und schlechter Governance unterscheidet sich stark von dem Verständnis einer guten Governance, welches mit dem Vorliegen bestimmter Governance-Elemente wie Partizipation, Transparenz oder Rechenschaftspflichtigkeit verknüpft wird. Dieses Verständnis wird als weniger relevant für die Diskussion um die Bedingungen guter Governance gewertet. So scheint es als weniger sinnvoll bestimmte Governance-Elemente als Kriterium für gute Governance zu fassen, da Governance-Elemente je nach Zielvorstellungen variieren können: Spezifische Governance-Elemente können in Situation a als gut bezeichnet werden, weil sie gut an die vorherrschenden Probleme angepasst sind, während sie in Situation b als schlecht bezeichnet werden können, da sie nicht problemadäquat sind. Somit ist in der Regel eine einfache Übertragung von bestimmten Governance-Elementen zur Steuerung von Maßnahmen in unterschiedlichen sozio-ökonomischen und kulturellen Bedingungen nicht möglich und damit auch keine allgemeine Vorgabe bestimmter Governance-Elemente zur Erreichung von IWRM-bezogenen Zielen. Vielmehr ist die Funktionalität, das heißt die Effektivität und Effizienz von Governance-Elementen kontextspezifisch zu beurteilen. Das genannte Verständnis von guter Governance unterscheidet sich zudem aber auch von dem Verständnis von Governance, welches mit der Bewertung von Zielvorgaben verknüpft ist. So wird – wie bereits gesehen – verschiedentlich unter guter Governance eine Governance verstanden, die der Durchsetzung von „guten“ Zielen wie etwa einem IWRM oder demokratischen Zielen wie dem der Partizipation oder der Transparenz dient. Dieses Verständnis von guter Governance wird nicht berücksichtigt, da es nicht als Aufgabe der Governance-Forschung gesehen wird, die Ziele von Politik zu beurteilen (so auch Scharpf 1997).

Trotz der fehlenden Möglichkeit, konkrete Vorgaben bzgl. der Gestaltung von Governance-Systemen zur Umsetzung von Wassermanagement-Funktionen zu tätigen, soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, welche Funktionen ein Governance-System im Allgemeinen erfüllen muss, um IWRM-spezifische Herausforderungen bewältigen zu können. Im Mittelpunkt steht dabei die hohe Koordinierungsanforderung zur Erzielung eines IWRM. So wird gemeinhin angenommen, dass ein Governance-System zur Förderung eines IWRM insbesondere so gestaltet werden muss, dass die unterschiedlichen, mit dem Ziel eines IWRM zusammenhängenden Koordinierungsanforderungen, gemeistert werden können. Die bereits in der klassischen IWRM-Definition der Global Water Partnership (GWP) genannten Forderungen nach einem koordinierten Management von Wasser und

weiteren Ressourcen (vgl. GWP 2000: 22) können dabei in die drei folgenden Ebenen der Koordination untergliedert werden: (1) horizontal zwischen Gebietskörperschaften auf der Ebene des Flusseinzugsgebiets, (2) horizontal zwischen verschiedenen wassernutzenden Sektoren und (3) vertikal zwischen verschiedenen Verwaltungsebenen. Diese drei Koordinationsherausforderungen werden in der theoretischen Literatur auch als *Problems of Fit*, *Problems of Horizontal Interplay* und *Problems of Vertical Interplay* beschrieben (Young 1999; Moss 2003, 2004). Für die Governance-Forschung stellt sich hier insbesondere die Frage, wie diese unterschiedlichen Dimensionen der Koordination institutionell im Hinblick auf das Ziel eines IWRM umgesetzt werden können (Dombrowsky 2005). Eine gute Governance wäre in diesem Konzept eine Governance, die es schafft die wesentlichen Koordinierungsanforderungen zu erfüllen. Dabei muss weiter differenziert werden zwischen den Koordinierungsanforderungen im Bereich der Politik(re)formulierung, der Etablierung und Anpassung von Strukturen zur Realisierung und der Politikimplementierung (vgl. Schubert und Bandelow 2003) in Bezug auf konkrete Anforderungen wie die Wassererschließung, -verteilung und -speicherung sowie die Infrastrukturerstellung und -instandhaltung, das Monitoring und die Sicherung der Wasserqualität, der Hochwasserschutz et cetera.

### 3. Governance-Analysen in BMBF-geförderten Forschungsprojekten zum IWRM

Die Hauptzielrichtung der BMBF-Fördermaßnahme zu IWRM ist es, Forschungsbeiträge für ein IWRM in unterschiedlichen Regionen zu leisten. Dabei ist es auch immer notwendig, die Umsetzungsbedingungen für bestimmte Handlungsempfehlungen zu reflektieren. Dabei können Analysen auf zwei Ebenen unterschieden werden:

1. Bestandsaufnahme
2. vertiefte sozialwissenschaftliche Analyse

Bei der Bestandsaufnahme geht es zunächst um die Identifizierung und Beschreibung der Akteure (Stakeholder) und des institutionellen Gefüges (Organisationen und Regeln), die im Hinblick auf die Wahrnehmung bestimmter Rollen und Funktionen bzw. zur Bereitstellung bestimmter Leistungen im Rahmen des IWRM relevant sind. Zu diesem Zweck kann auf diverse Leitfäden zur Stakeholder- und Institutionenanalyse zurückgegriffen werden (vgl. IWMI 2000). Die Bestandsaufnahme erlaubt es auch anderen Disziplinen im Forschungsprojekt geeignete Kooperationspartner zu identifizieren.

Um ein besseres Verständnis dafür zu bekommen, inwiefern die existierenden Governance-Strukturen einem IWRM zu- oder abträglich sind und welche Veränderungen notwendig sind, sind unterschiedliche vertiefende Analysen sinnvoll. Diese müssen aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven erfolgen. Sie müssen aufbauen auf hydrologischen und hydrochemischen Datenerfassungen und -analysen sowie auf Zukunftsprognosen, die klären, welche Rückwirkungen die vorhandenen und mögliche künftige Wassernutzungen in unterschiedlichen Nutzungssektoren auf Verfügbarkeit und Qualität der Wasserressourcen bereits ausüben bzw. ausüben werden. Ebenso sind dabei die Einflüsse zu erfassen bzw. zu prognostizieren, die Veränderungen in Quantität und Qualität der Wasserressourcen auf die verschiedenen Nutzungsbereiche haben oder künftig haben werden. An die dabei erfassten Problembereiche können sozialwissenschaftliche Analysen vorhandener Governance-Systeme anknüpfen. Hierbei werden ökonomische Analysen primär auf Effizienzgesichtspunkte, politikwissenschaftliche Analysen primär auf Macht- und

Interessenkonstellationen sowie institutionelle Aspekte und juristische Analysen primär auf die rechtliche Auslegung ausgerichtet sein.

In der IWRM Förderinitiative werden in allen Projekten mehr oder weniger umfangreiche Bestandsanalysen vorgenommen. Vertiefende sozialwissenschaftliche Analysen sind hingegen weniger verbreitet. Sofern sie vorliegen, liegt ihr übergreifendes Ziel in der Regel darin, Wege aufzuzeigen, wie Governance-Strukturen gestaltet oder verändert werden können, um einem IWRM als normativem Ziel zuträglich zu sein. Anders formuliert geht es darum, wie die institutionellen Strukturen und Interaktionsmechanismen gestaltet werden müssen, damit bestimmte Funktionen und Leistungen und deren Management im Hinblick auf die integrierte Bewirtschaftung von Wasser-, Land- und anderen Ressourcen erbracht werden können. Beispiele für diese Analysen finden sich in den Projekten IWRM Mongolei und IWAS Ukraine, deren Governance-Analysen in den folgenden Boxen kurz umrissen werden.

### **Box 2: Reformen der Wassergovernance in der Mongolei – Schritte in Richtung eines IWRM? (MoMo Projekt)**

Das Projekt IWRM Modellregion Mongolei (MoMo) zielt darauf ab, Strategien zu entwickeln und zu implementieren, die zu einem Integrierten Wasserressourcen-Management (IWRM) in der Modellregion Mongolei und Zentralasien führen. Das Ziel der Governance-Forschung in MoMo besteht darin zu analysieren, ob die bestehenden Strukturen einem IWRM zuträglich sind.

Dazu wurde ein analytischer Rahmen entwickelt, der sich auf das *problems of fit and interplay*-Konzept stützt (Young 2002). Die empirischen Untersuchungen bestehen aus einer umfassenden Analyse der vorliegenden Gesetze und Politiken, über 60 qualitativen Interviews mit Mitarbeitern verschiedener Verwaltungsebenen, Gebern und NGOs sowie einer Befragung von Wassernutzern.

In den letzten 20 Jahren hat die Mongolei einen Übergang zu einer Demokratie und Marktwirtschaft sowie unlängst auch einen bedeutenden Aufschwung im Bergbau erfahren. Vor diesem Hintergrund wurde der mongolische Wasserrektor seit 2004 grundlegend erneuert. Probleme des horizontalen institutionellen Zusammenspiels bestehen, da sechs Ministerien im Wassermanagement involviert sind. Probleme des vertikalen institutionellen Zusammenspiels bestehen aufgrund einer unvollständigen fiskalischen Dezentralisierung und eines Mangels an wasserbezogenen administrativen Kapazitäten auf subnationaler Ebene. Um die Akteure auf Einzugsgebietsebene zu koordinieren, wurden 2009 Flussgebietsräte eingeführt, es bestehen jedoch offene Fragen in Bezug auf Mandat, Finanzierung und den legalen Status. Mit einem im Mai 2012 eingeführtem Wassergesetz wird versucht, einige dieser Probleme zu lösen, jedoch müssen weiterhin zentrale Fragen durch weitere Erlasse adressiert werden.

### Box 3: Die Rolle von Governance-Strukturen für die Implementierung eines IWRM in der Ukraine

Ziel der Internationalen WasserforschungsAllianz Sachsen - IWAS ist es, konkrete Beiträge zu einem Integrierten Wasserressourcen-Management (IWRM) in drei hydrologisch sensitiven Regionen zu liefern (Ukraine, Brasilien und Oman/Saudi-Arabien). Im Rahmen dieses Projektziels sollen folgende Teilziele unter der Berücksichtigung von Governance-Strukturen erreicht werden:

1. Entwicklung und Anwendung von standortangepassten Managementkonzepten und Implementierungsstrategien unter Einbeziehung lokaler Governance-Strukturen und Partizipationsprozesse. Auf der Basis institutionenökonomischer und verwaltungswissenschaftlicher Erkenntnisse werden Empfehlungen für eine effizientere Gestaltung des Systems entwickelt.
2. Erarbeitung geeigneter institutioneller Strukturen vor dem Hintergrund der Problemlagen und der verfügbaren institutionellen Kapazitäten.

Um die Ziele umzusetzen wurden die institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Governancestrukturen des Wasserinfrastrukturmanagements in der Ukraine auf der Grundlage des geltenden Rechts und seiner Geschichte sowie Expertenbefragungen und Literaturanalysen zur tatsächlichen Umsetzung und die sie prägenden Anreizstrukturen analysiert.

Die derzeitige Situation in der Ukraine ist geprägt vom anhaltenden Transformationsprozess, der gekennzeichnet ist von unsicheren politischen und ökonomischen Strukturen, welche Planungen für das Wassermanagement, die durch ihre langfristige Perspektive geprägt sind, behindern. Die Problematik wird durch die stetige Verschlechterung der Wasserinfrastruktur und der damit verbundenen Risiken für die Umwelt und die Gesellschaft verschärft.

Die institutionellen Rahmenbedingungen des Wassermanagements in der Ukraine unterliegen einer Dynamik, die sich nicht allein mit den gängigen Theorien der Institutionenökonomie erläutern lassen, sondern weiterer Ansätze wie beispielsweise den Ansätzen des Sozialkapitals und mentaler Modelle bedürfen.

## 4. *Lessons learnt* aus Forschung und Entwicklungszusammenarbeit

Im Folgenden sollen *lessons learnt* zur Governance-Dimension im IWRM dargestellt werden. Dabei soll sowohl auf Erfahrungen der Forschung als auch auf die der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) eingegangen werden. Die Erfahrungen von Vertretern der EZ werden dabei aus zwei Gründen berücksichtigt. Zum Ersten ist es das Ziel der IWRM Fördermaßnahme nicht nur Forschung zu betreiben, sondern auch die Umsetzung der Forschungsergebnisse zu fördern – die Erfahrungen der Akteure, die traditionell mit der Umsetzung betraut sind, ist daher zentral. Zum Zweiten beinhaltet die Governance-Forschung immer auch die Frage, wie Governance-Strukturen verändert werden können – insbesondere hier haben Akteure der EZ zahlreiche Erfahrungen gesammelt.

### Governance-Analyse in der Projektvorbereitungsphase

Bevor wasserbezogene Projekte in bestimmten Regionen bewilligt und durchgeführt werden, ist eine erste Bestandsanalyse der bestehenden Governance-Strukturen durchzuführen. Ziel dieser Bestandsanalyse sollte es sein, zentrale Akteure und Politikziele zu identifizieren und wenn möglich zu ergründen, unter welchen Rahmenbedingungen eine Maßnahmenplanung im Sinne eines IWRM in dem entsprechenden Land stattfinden kann. Eine solche Bestandsanalyse zu den Governance-Strukturen erlaubt eine erste Einordnung und Abschätzung der Relevanz und Erfolgsaussichten weiterer Schritte in der Projektregion, wobei das Kriterium für den Erfolg des Projektes nicht die Existenz eines „perfekten Governance-Systems“ ist. Die geforderte Governance-Analyse sollte neben der traditionellen Analyse der politischen Institutionen und der Akteurskonstellation insbesondere auch eine polit-ökonomische (Kurz-)Analyse enthalten, da sich erst durch diese die Grenzen abschätzen lassen, die unter gegebenen Macht- und Interessenskonstellationen den Bemühungen zur Veränderung und Verbesserung der Governance gesetzt sind. Zudem ist in diesem Kontext Ethnologieforschung besonders relevant, um adäquate Governance-Strukturen zu erkennen bzw. zu erarbeiten.

### Vorgehensweise bei der Analyse von Governance-Systemen

Verschiedene Analyse-Methoden ermöglichen eine Bewertung bestehender Governance-Systeme für die Implementierung eines IWRM. Ein möglicher Ansatz ist die Analyse von Anreizstrukturen. Hierbei werden zunächst die IWRM-Ziele identifiziert, sodann die zentralen Akteure in einem System bestimmt, deren Ziele sowie Beziehungen untereinander aufgedeckt, die diese Beziehungen bestimmenden Governance-Mechanismen identifiziert und daraufhin evaluiert, ob sie Anreize setzen, die anfangs definierten Ziele zu erfüllen (vgl. z.B. Huppert 2007). Besonders zu empfehlen ist weiterhin der im Rahmen des WaRM-In-Projektes ausgearbeitete und in einem Handbuch festgehaltene Ansatz für die Analyse institutioneller und politischer Kontexte für ein IWRM (vgl. Beveridge et al. 2012). Besondere Relevanz wird diesem deshalb zugesprochen, da dieser nicht allein auf dem aktuellen Forschungsstand basiert, sondern auch auf den Erfahrungen aus Projekten der IWRM Fördermaßnahme aufbaut und diese Projekte als wichtige Zielgruppe benennt. Um die entsprechenden Analysen zu den notwendigen Governance-Strukturen durchzuführen wird empfohlen, den IWRM Projekten die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

### Kontextspezifische Governance-Strukturen

Wenngleich vermehrt als allgemein anerkannt deklarierte Kriterien für gute Governance im Wassersektor hervorgehoben werden (etwa Transparenz und Partizipation), muss allen Projektbeteiligten deutlich sein, dass Governance-Strukturen immer kontextspezifisch sind. Dies bedeutet, dass die Frage, welche Governance-Strukturen zur Erreichung eines IWRM sinnvoll sind, stark von den konkreten Zielen und den lokalen Kontexten abhängig ist. Eine in alle Regionen übertragbare Governance-Struktur gibt es nicht. Vor diesem Hintergrund wird empfohlen, allgemeine Kriterien für *good governance* allein als Orientierung zu verwenden und auf der Basis einer vertieften Analyse vorhandener Governance-Systeme in der Hauptprojektphase Governance-Strukturen zu erforschen, die an die örtlichen Gegebenheiten angepasst sind (so genannte kontextspezifische Förderansätze). Entsprechende Ressourcen zur Entwicklung kontextspezifischer Ansätze sind sicherzustellen.

### Zeitliche Ressourcen zur Veränderung von Governance-Systemen

Governance-Systeme lassen sich in ihrer Gesamtheit in der Regel nicht in kurzen Zeiträumen ändern, wie insbesondere an den sie maßgeblich bestimmenden institutionellen Strukturen deutlich wird. Während etwa Regeln wie Gesetze und Verträge kurz- bis mittelfristig veränderbar sind, lassen sich Institutionen zur Durchsetzung der Regeln wie wasserrelevante staatliche Fach- und Regulierungsbehörden nur auf mittel- und langfristige Sicht anpassen.

Traditionen sowie gesellschaftliche, religiöse und kulturelle Normen lassen sich in der Regel nur sehr langsam, teilweise über einen Zeitraum von mehreren Generationen verändern (vgl. North 1997 und Tabelle 1). Eine „bausteinmäßige“ Umsetzung von Reformen scheint daher kaum möglich, eher ist mit einem komplexen und langwierigen Entwicklungsprozess zu rechnen. Vor diesem Hintergrund sind kurze Projektlaufzeiten von 3–5 Jahren nicht zielführend, sofern grundlegende Veränderungen der Governance angestrebt werden.

TABELLE 1:

Veränderbarkeit von  
Governance-Strukturen

Governance-Strukturen	Zeitliche Dimension der Veränderbarkeit
Traditionen, gesellschaftliche Normen und Religion	Sehr langfristig
Organisationen zur Durchsetzung von Regeln	Mittel- bis langfristig
Regeln für das Management von Wasserressourcen	Kurz- bis mittelfristig

### Inter- und Transdisziplinarität in der Ausbildung

Mit dem Konzept des Integrierten Wasserressourcen-Managements wird das Ziel verfolgt, Wasserressourcen so zu verwalten, dass die Interessen aller Wasser nutzenden Sektoren möglichst weitgehend berücksichtigt werden ohne dabei die Nachhaltigkeit von Ökosystemen zu gefährden. Dies setzt voraus, dass die Vertreter aller relevanten Sektoren und verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen miteinander in einen Dialog treten und dabei von Experten verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen unterstützt werden. Damit diese Dialogprozesse zu einer besseren gegenseitigen Verständigung führen, bedarf es bei den einzelnen Wissenschaftlern und Fachleuten einer gewissen inter- und transdisziplinären Grundausbildung. Diese ist notwendig, um eine gemeinsame Sprache als Basis für die Kommunikation von Ergebnissen zu bilden. Eine Förderung inter- und transdisziplinärer Studiengänge und Weiterbildungsmaßnahmen ist vor diesem Hintergrund anzustreben.

### Governance und Technologie

Wie einleitend bereits angedeutet, wird ein starker Zusammenhang zwischen Governance-Strukturen und der Wirksamkeit von Technologien im Hinblick auf ein IWRM vermutet. Anders formuliert wird davon ausgegangen, dass technologische Lösungen – egal wie innovativ – keine verbesserte Wassernutzung versprechen, wenn hierbei nicht geklärt wird, welche Vorgaben und Regelungen für einen nachhaltigen und ressourcenschonenden Einsatz dieser Technologien erforderlich sind und wer diese durchsetzen soll bzw. kann. Geht es etwa um die Frage, welche Technologie am besten dazu geeignet ist, ein Problem zu lösen, ist es notwendig partizipativ vorzugehen und relevante Bevölkerungsgruppen von Vertretern der Wassernutzer bis hin zur politischen Elite in die Entscheidungen einzu beziehen. Auch was die Implementierung, den Betrieb und die Instandhaltung technischer Anlagen anbetrifft, sind übergeordnete Grundsätze und Regelungen erforderlich, die dem Management und der Ausführungsebene einen klaren Rahmen setzen. Wo dies nicht der Fall ist, ist mit mangelnder technischer Ausführung, ineffizientem Betrieb und/oder einem Verfall der Anlagen zu rechnen.

### Zuständigkeiten von Forschung und Entwicklungszusammenarbeit

Die Zuständigkeiten von Forschung und Entwicklungszusammenarbeit im Kontext der Governance im IWRM sind theoretisch wie folgt: Aufgabe des Wissenschaftlers ist es insbesondere zu analysieren, wie Governance-Systeme ausgestaltet sind und wie sie

gestaltet werden müssen um bestimmte politische Ziele zu erreichen und unter welchen Bedingungen bestimmte Governance-Strukturen verändert werden können. Praktiker aus der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen einen entsprechenden institutionellen Wandel über längere Zeiträume. Diese in der Theorie klar umrissenen Grenzen verschwimmen in der Realität. Auf der einen Seite lernen Wissenschaftler von Praktikern, welche Governance-Strukturen sinnvoll und auch übertragbar sind. Auf der anderen Seite führen Wissenschaftler selbst etwa partizipative Prozesse durch und fördern die Umsetzung ihrer Ansätze. Für die Zukunft ist zu beachten, dass das Hauptaugenmerk der Wissenschaft darin bestehen bleibt, Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit in einem frühen Stadium mit vorzubereiten; Die Entwicklungszusammenarbeit ihrerseits sollte diese Ergebnisse aufgreifen und die praktische Umsetzung fördern. Zentral ist es dabei den Dialog zwischen den Beteiligten beider Bereiche zu intensivieren, um von den Kompetenzen des jeweils anderen zu profitieren und zu lernen.

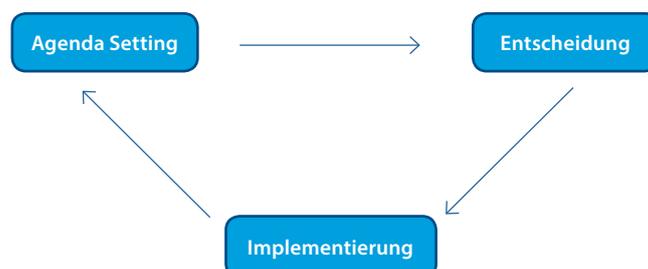
## 5. Forschungsrichtungen und -perspektiven

Die Bedeutung der Governance zur Erzielung eines effektiven IWRM wird zunehmend anerkannt. Und auch für die Wasserforschung bleibt die Governance im IWRM ein zentrales Zukunftsthema. Zwar werden von verschiedener Seite Kritiken an dieser Forschungstradition geäußert. Zum einen wird negativ angemerkt, dass das Leitbild eines IWRM aufgrund seines hohen Anspruchs nicht sinnvoll ist und stattdessen weniger integrative Wassermanagement-Konzepte als Ziel dienen sollten. Zum anderen wird aber auch kritisiert, dass in der Governance-Forschung einzelne Aspekte des Politischen nicht hinreichend beachtet werden. Beispiele hierfür wären etwa, dass Machtaspekte in Governance-Konzepten im Vergleich zu stärker akteurszentrierten Ansätzen vernachlässigt werden. So relevant diese Kritik auch sein mag, so zeigt sich doch, dass zahlreiche Fragestellungen in Bezug auf die Governance im IWRM nicht nur höchst relevant sind, sondern auch in ihrer Beantwortung offen bleiben. Denn wenngleich der Anspruch der Integration im Kontext des Wasserressourcen-Managements sowohl in der Forschung als auch in der Praxis einen langjährigen Bestand hat, ist die Frage, wie dieser Anspruch als komplexe Herausforderung durch geeignete Governance-Strukturen gemeistert wird, auf Praxis- und Forschungsseite nicht hinreichend gelöst. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden in der Diskussion befindliche Richtungen und Perspektiven für Ergänzungen und Erweiterungen der Governance-Forschung zu IWRM aufgezeigt werden. Dabei sollen sowohl inhaltliche Aspekte als auch methodische Herangehensweisen benannt werden.

### 5.1. Inhaltliche Forschungsnotwendigkeiten

Forschungsnotwendigkeiten zum Thema Governance und IWRM beziehen sich auf alle Aspekte des politischen Prozesses, von der Gestaltung von Governancesystemen im Bereich des politischen Agenda Settings, über die Politikformulierung bis hin zur Politikimplementierung (vgl. Abbildung 2).

**ABBILDUNG 2**  
Der politische Prozess



Die Phase des politischen Agenda Settings umfasst dabei die Aufnahme bestimmter politischer Themen auf die politische Agenda. Dies kann im Kontext des Integrierten Wasserressourcen-Managements etwa die Formulierung der politischen Zielsetzung sein, einen integrierten Managementplan im Allgemeinen oder einen Plan zur Minderung von Schadstoffen in die Gewässer im Konkreten zu entwickeln. Die Phase der Politikformulierung hebt auf den konkreten Prozess zur Entscheidung von Plänen, Gesetzen, Richtlinien etc. ab, etwa solche zur Minderung von Schadstoffeinflüssen in Fließgewässer. Die Phase der Politikimplementierung umfasst schließlich die Umsetzung der Maßnahmen, etwa die konkrete Minderung von Einflüssen.

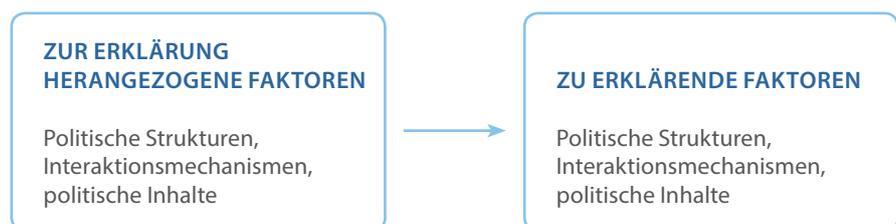
Für jeden dieser Teilschritte des politischen Prozesses sind zahlreiche Forschungsfragen relevant. Diese sollen im Folgenden entlang der bereits dargestellten Systematisierung des Governance-Begriffs in Governance-Strukturen und Interaktionsmechanismen sowie in Anlehnung an die klassische Dreiteilung der Politik in die Dimensionen der Institutionen, Prozesse und Inhalte dargestellt werden. Politik soll demnach drei zentrale Bausteine umfassen. Zum Ersten die bereits genannten Strukturen von Politik wie die politischen Institutionen und Akteure, zum Zweiten die Interaktionsmechanismen, also die Frage auf welche Art und Weise miteinander interagiert wird und zum Dritten die politischen Inhalte, im IWRM etwa ein Wassermanagement-Plan oder eine konkrete politische Maßnahme wie die bereits erwähnte Wiederaufforstung einer Flussgebietslandschaft.

### ABBILDUNG 3

Die drei Dimensionen der Politik



Es wird davon ausgegangen, dass sich diese verschiedenen Dimensionen und ihre jeweiligen Ausprägungen gegenseitig beeinflussen, dass also beispielsweise die politischen Strukturen und die in diesem Rahmen stattfindenden Interaktionsmechanismen einen Einfluss auf das Ergebnis haben. Je nach Interesse des Forschers werden die drei Dimensionen der Politik entweder zur Erklärung von politischen Sachverhalten herangezogen oder als erklärter politischer Sachverhalt gefasst. Dies ist im Folgenden visualisiert.



In der Governance-Forschung stehen oftmals die institutionelle und inhaltliche Dimension der Politik im Mittelpunkt des Interesses. Jedoch wird immer stärker auch die Prozessdimension (die Interaktionsmechanismen) im Kontext der Governance-Forschung betont. Dabei fragt der Forscher meist im Allgemeinen danach,

- A. welche institutionellen und prozessualen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen bestimmten politischen Inhalt zu erreichen und
- B. wie diese institutionellen und prozessualen Voraussetzungen erreicht werden können.

Diese Schwerpunktsetzung in der Governance-Forschung ist in folgender Tabelle konkretisiert:

**TABELLE 2**

Wichtige Fragenkomplexe in der Governanceforschung

FORSCHUNGS-STRANG	ERKLÄRENDE FAKTOREN	ZU ERKLÄRENDE FAKTOREN
1	Politische Strukturen, Interaktionsmechanismen	Politische Inhalte
2	Politische Strukturen, Interaktionsmechanismen und Inhalte	Politische Strukturen, Interaktionsmechanismen

Im Folgenden sollen diese Fragenkomplexe im Hinblick auf das Politikfeld IWRM beleuchtet werden:

**A. Politische Inhalte als zu erklärende Phänomene**

Dieser Forschungsstrang ist traditionell an den Voraussetzungen zur Erreichung bestimmter politischer Ziele in einem bestimmten Politikfeld interessiert. Hier geht es insbesondere um die Frage, wie bestimmte politische Inhalte, etwa ein integriertes Wasserressourcen-Management, eine gerechte Wasserteilung oder eine Verringerung von Schadstoffeinflüssen erreicht werden können. Weniger beachtet wird hingegen beispielweise die Frage, ob die jeweiligen Ziele auch gut sind. So wird etwa nicht danach gefragt, ob die Ziele auch von der gesamten Gesellschaft gewünscht sind und nicht bestimmten einzelnen Interessen und spezifischen Machtkonstellationen geschuldet sind. Jedoch soll an dieser Stelle betont werden, dass diese Aspekte zunehmend mehr im Rahmen von Governance-Analysen beachtet werden müssen.

Der Grad der Erreichbarkeit eines bestimmten Ziels wird dabei insbesondere im Hinblick auf die Formulierung von politischen Inhalten und deren praktische Umsetzung betrachtet, beispielsweise die Erstellung eines von allen Parteien anerkannten (grenzüberschreitenden) IWRM-Plans oder die (fehlende) Umsetzung dieser Pläne. Der Grad der Zielerreichung bemisst sich aber nicht nur an der Effektivität, sondern auch an der Effizienz (etwa den notwendigen zeitlichen Ressourcen für die Zielerreichung) oder der Anerkennung als gerechter und/oder legitimer Lösung.

Um die politischen Inhalte zu erklären, werden sowohl die politischen Strukturen als auch die politischen Prozesse betrachtet, wobei die Rolle der Strukturen und hier insbesondere der Institutionen, wie bereits erwähnt, in der Governance-Forschung zumindest in der Vergangenheit stärker fokussiert wurde. In Bezug auf die institutionellen Aspekte reicht das Erkenntnisinteresse von der allgemeinen Rolle bestimmter Regimetypen (etwa autoritären versus demokratischen) über die Rolle spezifischer institutioneller Konfigurationen in IWRM beeinflussenden Politikbereichen wie Landwirtschaft, Energie- und Umweltpolitik (etwa institutionelles Splitting) bis hin zu einzelnen institutionellen Settings für einzelne Teilaspekte eines IWRM (etwa Rolle partizipativer Voraussetzungen für bestimmte technologische Lösungen). Besonderes Augenmerk wird dabei gelegt auf die Relevanz von Hierarchie versus Partizipation versus Wettbewerb fördernder Institutionen in unterschiedlichen Regimetypen. In Bezug auf die Rolle politischer Prozesse für politische Inhalte wird insbesondere nach den relevanten Akteuren, deren Interessen und Machtressourcen sowie Interaktionsarten gefragt. Diese Erklärungsfaktoren werden – wenngleich sehr wichtig – noch zu wenig in bestehende Governance-Ansätze integriert und müssen zukünftig besser in ein Gesamtkonzept der Governance eingebunden werden.

#### B. Politische Institutionen und Prozesse als zu erklärende Phänomene

Sind ideale Governance-Voraussetzungen für einen spezifischen Kontext formuliert, stellt sich die Frage nach den Bedingungen für Governance-Wandel. Ein Beispiel hierfür wäre die Frage nach der Möglichkeit, wie die Fragmentierung ministerieller Zuständigkeiten für die von der Wasserproblematik betroffenen Politikbereiche (Wasser, Landwirtschaft, Umwelt, Wirtschaft, Gesundheit etc.) überwunden werden kann. In diesem Kontext sei auch auf die *lessons learnt* zu zeitlichen Ressourcen zur Veränderung von Governance-Systemen in Kapitel 4 sowie die entsprechenden *lessons learnt* der Arbeitsgruppe „Capacity Development im IWRM“ verwiesen.

## 5.2. Methodische Forschungsnotwendigkeiten

Neben den inhaltlichen Perspektiven der Governance-Forschung sollen methodische Perspektiven betont werden. Besonders hervorzuheben ist die Notwendigkeit vergleichender Studien, um verallgemeinerbare Erkenntnisse zu generieren, d.h. um zu erurieren, unter welchen Voraussetzungen Ansätze von einer Projektregion in weitere Projektregionen übertragen werden können. Zu beachten sind dabei insbesondere vergleichende Primärstudien, wie etwa im IWAS Querschnittsmodul Governance, im Rahmen dessen vergleichende Analysen einzelner Aspekte in der Mongolei und in der Ukraine vorgenommen werden (bspw. Vergleich der Abwassergovernance und der Herausforderungen bei der Implementierung von IWRM in post-sozialistischen Ländern). Neben vergleichenden Primärstudien liegt aber auch in der Meta-Analyse existierender Studien ein großes Potenzial (Newig and Fritsch 2009), mit welcher sich große Zahlen von Fallstudien systematisch vergleichen lassen.

## 6. Literatur

**Baum, I. / Renger, J. / Werchota, R. (2009): Good Governance in the Water Sector. In: Ernstorfer, A. und Stockmayer, A. (Hrsg.):** Capacity Development for Good Governance. Baden-Baden: Nomos, S. 30–44

**Beveridge, R. / Monsees, J. / Moss, T. (Unter Mitarbeit von Bischoff, J. und Meuel, J.) (2012):** Das IRS Handbuch. Zur Analyse der institutionellen und politischen Kontexte von Projekten zum Wasserressourcen-Management. Erkner: Leibnitz-Institut für Regionalforschung und Strukturplanung. [www.fona.de/mediathek/pdf/IRS\\_IWRM.pdf](http://www.fona.de/mediathek/pdf/IRS_IWRM.pdf) (Stand: 27.09.2012)

**Dobner, P. (2010):** Wasserpolitik – Zur politischen Theorie, Praxis und Kritik globaler Governance. Berlin: Suhrkamp

**Dombrowsky, I. (2005): Integriertes Wasserressourcen-Management als Koordinationsproblem. In: Neubert, S. / Scheumann, W. / van Edig, A. ; Huppert, W. (Hrsg.):** Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM). Ein Konzept in die Praxis überführen. Baden-Baden: Nomos, S. 61–82

**GWP (2000):** Integrated Water Resources Management. Stockholm: Global Water Partnership

**Huppert, Walter (2007):** IWRM and Water Governance – Striving for ‘Incentive Compatibility’ in the Water Sector. Papier präsentiert bei dem zweiten ‘Lake Abaya Research Symposium’, 7.–11. Mai 2007, Arba Minch, Ethiopia

**IWMI (2000):** A Framework for Institutional Analysis for Water Resources Management in River Basin Context. Colombo, Sri Lanka

**Moss, T. (2003):** Solving Problems of ‘Fit’ at the Expense of Problems of ‘Interplay’? The Spatial Reorganisation of Water Management following the EU Water Framework Directive. In: Breit, H. / Engels, A. / Moss, T. / Troja, M. (Hrsg.): How Institutions Change: Perspectives on Social Learning in Global and Local Environmental Contexts. Opladen: Leske + Budrich, S. 85–121

**Moss, T. (2004):** The Governance of Land Use in River Basins: Prospects for Overcoming Problems of Institutional Interplay with the EU Water Framework Directive. In: Land Use Policy 21, S. 85–94

**Newig, J. und Fritsch, O. (2009):** Environmental Governance: Participatory, Multi-Level – And Effective? In: Environmental Policy and Governance 19(3), S. 197–214

**North, D. (1990):** Institutions, Institutional Change and Economic Performance. Cambridge: Cambridge University Press

**North, D. (1997):** The Contribution of the New Institutional Economics to an Understanding of the Transition Problem. Helsinki: The United Nations University World Institute for Development Economics Research (UNU/WIDER)

**Ostrom, E. (1990):** Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action. Political Economy of Institutions and Decisions. Cambridge: Cambridge University Press

**Pahl-Wostl, C. (2009):** A conceptual framework for analysing adaptive capacity and multi-level learning processes in resource governance regimes. In: Global Environmental Change 19, S. 354–365

**Rogers, P. und Hall, A. (2003):** Effective Water Governance. Stockholm: Global Water Partnership

**Scharpf, F. (2000):** Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske + Budrich

**Schubert, K. und Bandelow, N. (Hrsg.) (2003):** Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München: Oldenbourg

**Sonderforschungsbereich 700 (Hrsg.) (2009):** Grundbegriffe der Governanceforschung. Ein Beitrag aus dem Teilprojekt A1. SFB Governance Working Paper Series Nr. 8 [www.sfb-governance.de/publikationen/sfbgov\\_wp/wp8/wp8.pdf?1325770917](http://www.sfb-governance.de/publikationen/sfbgov_wp/wp8/wp8.pdf?1325770917) (Stand: 27.09.2012)

**TI (2008):** Global Corruption Report 2008 – Corruption in the Water Sector. Cambridge: Transparency International

**UNDP (1997):** Governance for sustainable human development. A UNDP policy document

**Williamson, O. (1996):** The mechanisms of governance. Oxford: Oxford University Press

**Young, O. (1999):** Institutional Dimensions of Global Environmental Change. Science Plan. Bonn: IHDP

**Young, O. (2002):** The Institutional Dimensions of Environmental Change: Fit, Interplay, and Scale. Massachusetts: MIT Press